

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 4 2023

1. Regional
2. El Salvador
3. Honduras
4. Guatemala
5. Nicaragua

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Save the date Tagung: Am 7., 8 und 9. September 2023 findet die fünfte Tagung des Runden Tisches Zentralamerika in Berlin statt, zum Thema "Einsatz für Umwelt, Demokratie und Menschenrechte und die Rolle Deutschlands". Weitere Informationen sowie das Anmeldeformular für die Teilnahme werden über diesen Verteiler in den kommenden Tagen gesendet.

Migration: Die Titel-42-Politik der Regierung der Vereinigten Staaten ist am 11. Mai 2023 nach drei Jahren abgelaufen. Die Regelung wurde im März 2020 eingeführt, gerechtfertigt durch die Covid-19-Pandemie, angeblich um die Verbreitung des Virus über die Grenze zu verhindern. Die Grenzschutzbehörden wurden damals unter Präsident Trump angewiesen, Migrant*innen umgehend auszuweisen, ohne ihnen das Recht zu gewähren, Asyl zu beantragen.

Regionale Berichterstattung über Migration: Im April veröffentlichte die zentralamerikanische Medienallianz Redacción Regional "Tirano Tours", eine Reihe von Texten über das aktuelle Migrationsphänomen entlang des zentralamerikanischen Migrationskorridors in die Vereinigten Staaten. Die Berichte befassen sich unter anderem mit den Bedingungen, denen Migranten aus anderen Regionen auf ihrem Weg nach Norden durch Honduras und Guatemala ausgesetzt sind.

Hitzewelle: In den vergangenen Wochen gab es in Honduras, Nicaragua und El Salvador eine Reihe von Hitzewellen. Die extremen Temperaturen überstiegen 40 Grad Celsius; in Nicaragua erreichte die gefühlte Temperatur 43 Grad Celsius.

Umweltgerechtigkeit in Lateinamerika. Unter anderem wird die Garruna Aktivistin Jessica Fernández Norales einen Vortrag über epistemische Gerechtigkeit in der zentralamerikanischen Karibik halten. [Weitere Informationen](#).

2. El Salvador

Bericht zum ersten Jahr des Ausnahmezustands: Die zivilgesellschaftliche Organisation Cristosal veröffentlichte am 29. Mai einen detaillierten und schockierenden Bericht über das erste Jahr des Ausnahmezustands in El Salvador. Die Organisation dokumentierte 139 Todesfälle in Gefängnissen sowie klare Muster von schweren Menschenrechtsverletzungen. Die Todesfälle wurden durch Folter und mangelnde medizinische Versorgung verursacht. Keine dieser verstorbenen gefangenen Personen wurde vor einem Gericht schuldig gesprochen.

Das Dokument enthält Erfahrungsberichte von Überlebenden und Zeugen von Folter in den Gefängnissen, unter anderem Prügel, Einsperrung in Strafzellen, Unterernährung und Elektroschocks. [Hier zum vollständigen Bericht auf Spanisch](#).

Allianz der Opposition für die Präsidentschaftswahl: Eine Reportage von El Faro behauptet, dass vier politische Parteien der Opposition – FMLN, ARENA, Nuestro Tiempo und Vamos – eine Allianz miteinander und mit Organisationen der Zivilgesellschaft bilden, um mit einer gemeinsamen Kandidatur an der Präsidentschaftswahl 2024 teilzunehmen.

Die Initiative stammt aus der neu gegründeten zivilgesellschaftlichen Gruppe "Sumar por El Salvador", die zusammen mit lang bestehenden Bewegungsgruppen und NRO sich für die Kandidat*innen für die Präsidentschaft und die Vizepräsidentschaft entscheiden werden. Die Allianz muss die Kandidat*innen bis Ende Mai feststellen und präsentieren. Zu den möglichen Kandidat*innen für die Präsidentschaft gehört Luis Parada, ein Rechtsanwalt und ehemaliger Militär, der ARENA nahe steht; für die Vizepräsidentschaft ist die Menschenrechtsverteidigerin Celia Medrano im Gespräch.

Massenpanik im Stadion: Mindestens zwölf Personen sind bei einer Massenpanik im Cuscatlán Stadion in San Salvador um das Leben gekommen. Zudem wurden mindestens 100 Personen verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Zeugen, die das Spiel besuchten, behaupten, dass die Eintrittskarten überverkauft waren und dass die Stadionverwaltung sich weigerte, alle Ausgänge zu öffnen, obwohl die Menschenmenge sehr groß war.

Der Gesundheitsminister Francisco Alabí behauptete fälschlicherweise, dass medizinische Teams das Stadion nicht betreten konnten, um Verletzten zu helfen, weil Fans der Fußballmannschaften randalierten und die Krankenwagen angriffen. Als Reaktion darauf prangerten Hunderte von Menschen in den sozialen Medien die Desinformation an, und Alabí musste seine Aussagen auf seinem Twitter-Konto zurücknehmen.

IWF-Bericht: Die salvadorianische Regierung hat die Veröffentlichung des letzten Berichts des Internationalen Währungsfonds blockiert. Der IWF teilte am 18. April mit, dass die salvadorianische Regierung der Veröffentlichung der "Artikel IV-Konsultation", einen Jahresbericht über die salvadorianische Wirtschaft und öffentliche Finanzen, der Ende März vom IWF-Exekutivdirektorium fertiggestellt und genehmigt wurde, "nicht zugestimmt" hat. Damit steht El Salvador neben Antigua und Barbuda, Tadschikistan, Laos, Turkmenistan, Aserbaidschan und Eritrea, den einzigen fünf weiteren Ländern, die in den

Preis für salvadorianischen Journalismus: Der Freedom of Speech Award 2023 der Deutschen Welle (DW) wurde an [Óscar Martínez](#), renommiertes salvadorianischer investigativer Journalist, verliehen. Martínez leitet die Redaktion des Online-Magazins [El Faro](#) und wird wegen seines Engagements für die Verteidigung der Pressefreiheit in Zentralamerika geehrt. Die Preisverleihung wird am 19. Juni im Rahmen des [Global Media Forums](#) der Deutschen Welle in Bonn stattfinden.

3. Honduras

Mord an Garífuna-Aktivist: Martín Morales, ein Verteidiger der Garífuna-Gemeinschaft von Triunfo de la Cruz in der honduranischen Karibik, wurde am 28. Mai ermordet. Seine Leiche wurde an diesem Sonntag im Fluss Gama in Triunfo de la Cruz gefunden. Die Organización Fraternal Negra Hondureña (OFRANEH) verurteilte den Tod und die ["illegale Besetzung von Garífuna-Territorien durch Dritte"](#) und forderte eine Untersuchung des Mordes. [Nach dem Tod von Ricardo Arnaúl Montero im Januar](#) ist dies bereits der zweite Garífuna-Verteidiger, der in diesem Jahr ermordet wurde.

Gesetz für Steuergerechtigkeit: Die honduranische Regierung hat am 4. Mai einen Gesetzentwurf vorgelegt. Er soll Teil einer tiefgreifenden Reform werden, die unter anderem eine Überprüfung der Privilegien vorsieht, die Unternehmen in Honduras gewährt werden. Die US-Botschaft äußerte daraufhin ihre Besorgnis über die Konsequenzen einer solchen "Behandlung ausländischer Investoren". Der Präsident des honduranischen Rates für Privatunternehmen (Cohep), Mateo Yibrin, veröffentlichte in den sozialen Netzwerken, das Steuergesetz sei ein "direkter Angriff auf die Beschäftigung in unserem Land und die Investitionen" und, dass es von ["Hass und Diskriminierung"](#) geprägt ist. In Choluteca hat am 9. Mai eine [Massendemonstration gegen den Gesetzentwurf zur Steuergerechtigkeit stattgefunden](#). Analysen von nationalen und internationalen Organisationen erklären jedoch, dass eine solche Reform notwendig ist.

Vetternwirtschaft: Der Consejo Nacional Anticorrupción (CNA, Nationaler Antikorruptionsrat), eine zivilgesellschaftliche Organisation, stellt in einem Bericht ein ["hohes Maß an Vetternwirtschaft"](#) in der Regierung von Xiomara Castro fest. In dem Bericht mit dem Titel ["Concentración de poder"](#) (Machtkonzentration) werden zahlreiche familiäre Verbindungen innerhalb der aktuellen und der vorherigen honduranischen Exekutiven aufgezeigt. Die Macht von Manuel "Mel" Zelaya in der Regierung wird im Bericht hervorgehoben. [Hier zum vollständigen Bericht](#).

Transitmigration: Der Anteil ausländischer Migrant*innen, die sich im letzten Jahr auf der Durchreise durch Honduras befanden, ist nach [Angaben der Beobachtungsstelle für internationale Migration in Honduras \(OMIH\)](#) der Fakultät für Sozialwissenschaften ([Flacso-Honduras](#)) deutlich gestiegen, und zwar von fast 18.000 Personen im Jahr 2021 auf mehr als 180.000 im Jahr 2022. Die meisten dieser Menschen waren Kubaner und Venezolaner, die auf Solidarität, aber auch auf Fremdenfeindlichkeit und Feindseligkeit stießen.

Veranstaltung zu Agrarökologie in Berlin: Mitgliedsorganisationen des Runden Tisches Zentralamerika laden am 7. Juni 2023 zur Veranstaltung „[Mit Agrarökologie gegen die Kaffee- und Palmölindustrie: Guatemalas Landbevölkerung wehrt sich](#)“. Mit Maria Elena Tujt Caal und Sandra Montejo Caba, Menschenrechtsverteidigerinnen und Repräsentantinnen der indigenen Gemeinschaft der Maya, sowie José Luis Caal Hub, Forscher und Berater bei CONGCOOP, Organisation, die sich für die ländliche und indigene Bevölkerung Guatemalas einsetzt. Das Gespräch findet um 18 Uhr im Versammlungsraum des FDCL (Gneisenastr. 2a, Aufgang 3, 1. Etage links, 10961 Berlin). [Weitere Infos hier](#).

Die Veranstaltung findet im Rahmen einer von der Romero Initiative (CIR) organisierten Rundreise durch Deutschland statt, bei der die Gäste aus Guatemala darüber berichten, wie sie sich gegen die Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen zur Wehr setzen. Die Rundreise startet am 2. Juni 2023 und endet am 8. Juni in Berlin. [Weitere Hinweise zu den einzelnen Veranstaltungen in Münster und Köln und zur gesamten Rundreise hier](#).

Buchvorstellung in Berlin: Am 8. Juni werden die guatemaltekischen Journalisten Marvin del Cid und Sonny Figueroa das Buch „[Así me convertí en un hijueputa más](#)“ (Deutsch: „So bin ich zu einem weiteren Hurensohn geworden“) vorstellen. Das Buch umfasst journalistische Untersuchungen über Korruption und Straflosigkeit in der Regierung von Alejandro Giammattei, die zwischen 2021 und 2023 ursprünglich im Medium Vox Populi veröffentlicht wurden. Die Präsentation des Buches, organisiert durch das diasporische Kollektiv [Voces de Guatemala en Berlín](#), erfolgt in spanischer Sprache und findet in Andenbuch (Bergmannstr 59, im Hof, 10961 Berlin) um 18.30 Uhr statt.

Wahl 2023: Bisher führte [Carlos Pineda](#) von der Partei Prosperidad Ciudadana (PC) und [Sandra Torres](#) von der Unidad Nacional de Esperanza (UNE) die Umfragen für die Wahl mit 23,1 % bzw. 19,5 % der Stimmen an. Der Vorsprung von Carlos Pineda kam überraschend, da die rechtsgerichtete Kandidatin Zury Ríos, Tochter des Diktators Efraín Ríos Montt, in früheren Umfragen vor den anderen Kandidat*innen lag.

Carlos Pineda [gehörte der Partei Cambio](#) von Manuel Baldizón an, einem Politiker, der in den Vereinigten Staaten eine vierjährige Haftstrafe wegen Geldwäsche verbüßt hat. Baldizón selbst hat Pineda vor der Generalstaatsanwaltschaft angeklagt und [wirft ihm vor, eine Art paramilitärische bewaffnete Truppe zu befehlen, die ihn unterstützt](#). Pineda präsentiert sich als "Outsider"-Kandidat außerhalb der Politik und hat die sozialen Medien für seinen Wahlkampf genutzt.

Ausschluss von Präsidentschaftskandidat*innen: Die Kandidatur von Carlos Pineda wurde am 21. Mai ausgesetzt. Mit dieser Entscheidung wurden auch Hunderte von Kommunalwahlkandidat*innen aus Pinedas Partei Prosperidad Ciudadana (PC) ausgeschlossen. Pineda versuchte, diese Entscheidung auf dem Rechtsweg rückgängig zu machen und seine Kandidatur zu retten, aber [das Verfassungsgericht bestätigte sie fünf Tage später](#). Das Verfassungsgericht wies die Generalstaatsanwaltschaft außerdem an, eine strafrechtliche Untersuchung über die ursprüngliche Registrierung der Partei einzuleiten.

Dies ist der dritte Fall von Ausschlüssen von Präsidentschaftskandidat*innen im aktuellen Wahlprozess. Ende April [bestätigte das Verfassungsgericht Guatemalas die Entscheidung](#), Thelma Cabrera und Jordán Rodas, dem Kandidaten-Duo der linken Partei Movimiento por la Liberación de los Pueblos (MLP), die Teilnahme an den Wahlen im Juni zu

dass die Registrierung der Kandidaten nicht behindert wird .

Verfolgung von Journalisten: Am 2. Mai begann der Prozess gegen den renommierten guatemaltekischen Journalisten José Rubén Zamora, der sich seit Juli 2022 in Haft befindet. Dem Gründer und Präsidenten der guatemaltekischen Zeitung ePeriódico wird im Rahmen eines von Unregelmäßigkeiten geprägten Prozess Geldwäsche, Erpressung und Einflussnahme vorgeworfen. Die Zeitung musste nach drei Jahrzehnten wegen dieser Verfolgung die Arbeit einstellen und veröffentlichte Mitte Mai ihre letzte Ausgabe.

Am 9. Mai trat einer von Zamoras Verteidiger*innen, Ricardo Sergio Szejner, "aus gesundheitlichen Gründen" von dem Verfahren zurück. Er ist der sechste Anwalt, der in diesem Fall zurücktritt. Vier der Anwälte, Mario Castañeda, Romeo Montoya, Justino Brito und Juan Francisco Solórzano Foppa, mussten zurücktreten, weil sie vom guatemaltekischen Staat kriminalisiert wurden.

5. Nicaragua

Lateinamerika-Tagung in Wuppertal: Das Informationsbüro Nicaragua, Mitglied des RTZA, in Kooperation mit Rosa Luxemburg Stiftung, Attac und PowerShift, lädt am 17. Juni zur Lateinamerikatagung in Wuppertal ein. Die Veranstaltung findet zwischen 11 und 18 Uhr im borse Kommunikationszentrum Wuppertal (Wolkenburg 100, 42119 Berlin) statt. [Hier zur weiteren Information.](#)

Rote Kreuz: Die nicaraguanische Nationalversammlung beschloss im Mai, dem Roten Kreuz den Rechtsstatus zu entziehen. Sie begründen die Entscheidung unter anderem mit dem Vorwurf, dass Mitglieder des Roten Kreuzes angeblich die Teilnahme an den Protesten 2018 gefördert hätten. Gleichzeitig wurde beschlossen, das Vermögen des Roten Kreuzes zu beschlagnahmen, das von einer gleichnamigen Organisation unter der Kontrolle der Ortega-Regierung verwaltet werden soll. Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften erklärte als Reaktion ihre "tiefe Sorge" und hat davor gewarnt, dass diese Entscheidung "dringend benötigte Aktivitäten im Land gefährden könnte".

Politische Gefangene: Verschiedene nicaraguanische Medien hatten Kontakt zu Quellen innerhalb des La Modelo-Gefängnisses in Managua, die sie über den derzeitigen Zustand von Monsignore Rolando Álvarez informierten. Sie behaupten, dass Álvarez rund um die Uhr bewacht und seine Zelle täglich durchsucht wird, um "jegliche Kommunikation mit den anderen Insassen von La Modelo zu vermeiden". Sie berichten jedoch auch, dass er medizinisch versorgt wird und sich regelmäßig in der Sonne aufhalten kann.

Weitere Verfolgung kritischer Stimmen: Anfang Mai führten die Sicherheitskräfte der Regierung massive Verhaftungen durch, bei denen mindestens 57 Personen festgenommen wurden. Dies ist die höchste Zahl von Festnahmen an einem einzigen Tag seit 2018. Unter den Festgenommenen waren Aktivisten, Journalisten und Akteure der Opposition. In den folgenden Tagen des Monats gab es weitere Verhaftungen von kritischen Bürgern, darunter mindestens drei Mitglieder der katholischen Kirche.

US-Botschafter in Nicaragua, Kevin K. Sullivan, das Land nach viereinhalb Jahren im Amt verlassen wird. Die Delegation wird [von einem Handelsbeauftragten namens Kevin O'Reilly übernommen](#). Im Juli 2022 hatte das Ortega-Murillo-Regime die Nominierung von Hugo Rodríguez als neuen Botschafter durch Washington abgelehnt.
